

H2-Rh-20g. 2. 07. 2009

BODENHEIM. Das war kein einfacher Auftritt für Adam Schmitt (FWG). Der Kreisbeigeordnete sah sich im Bodenheimer VG-Rat harsher Kritik ausgesetzt. Der Beschluss des Kreis Ausschusses, bei der Erweiterung des Gymnasiums in Nackenheim auf einen zentral auf dem Schulgelände gelegenen, dreigeschossigen Bau zu setzen, kam bei den Elternbeiräten des Gymnasiums und der benachbarten Grundschule nicht gut an.

VG und Kreis sollen Elternwillen in Pläne einbeziehen

Rat stimmte gemeinsamer Planung von Grundschule und Gymnasium zu – Adam Schmitt sah sich heftiger Kritik ausgesetzt

Das Gebäude, das im Erdgeschoss eine gemeinsame Mensa enthalten soll, vor allem aber allen zusätzlichen Fach- und Nebenraumbedarf des Gymnasiums abdecken würde, stellt den direkt daneben geplanten Grundschul-Neubau gewaltig in den Schatten – und das gefällt der Elternbeiratspre-

cherin der Grundschule, Judith König, überhaupt nicht. „Man kann sich viele Probleme sparen, wenn nicht so eng gebaut wird“, verwies sie auf mögliche Konflikte zwischen Grundschulern und älteren Schülern.

Eine klarere räumliche Trennung der beiden Areale sieht auch der Entwurf vor,

den VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf (parteilos) einbrachte, den Kompromissentwurf des Schulleitersprechers des Gymnasiums, Alexander Schneider. Im Mai sei dieser Entwurf, der ein wesentlich kleineres Mensa-Gebäude und dafür einen Anbau am Gymnasium vorsieht, bei einem Treffen für

gut befunden worden. „Es war die einzige Lösung, mit der alle Beteiligten leben konnten“, sagte Stumpf.

Doch das ist nun Geschichte. „Der Kreis wird an seinem Beschluss bestimmt nichts mehr ändern“, war sich CDU-Fraktionschef Matthias Schäfer sicher. Schmitt sieht dies auch so, denn diese Lö-

sung spare zwei Millionen Euro gegenüber einem Anbau. „Wir bauen derzeit sehr viel im Schulbereich, da müssen wir sparsam sein.“

Für Marianne Grosse (SPD) ist der Konflikt bewältigbar. „Die ganze Aufregung kommt doch nur durch mangelnde Kommunikation zustande, in der Detailpla-

nung kann aber noch viel geregelt werden.“ Die Koalition aus CDU und FWG schlug schließlich vor, einer gemeinsamen Planung mit dem Kreis „grundsätzlich zuzustimmen“. Die Interessen des Gymnasiums und der Grundschule sollen fixiert und der Elternwille erarbeitet werden. Dies unterstützte der Rat geschlossen.

Schneider war halbwegs zufrieden. „Wir haben erreicht, dass die VG sich am Elternwillen orientiert.“ (gus)